

Ágnes Tóth

In der Gefangenschaft der Politik. Kontaktversuche zwischen ungarndeutschen Verbänden in Ungarn und der BRD (1960 – 1970)

Zusammenfassung: Die Studie stellt zunächst jene Sachverhalte vor, die die Situation der Ungarndeutschen in den ersten beiden Jahrzehnten der Ära des Sozialismus auf entscheidende Weise prägten. Anschließend sucht sie eine Antwort auf die Frage, welche Möglichkeiten die durch die Vertreibung endgültig zerrissene ungarndeutsche Gemeinschaft bzw. die sie vertretenden Organisationen (also der Demokratische Verband der Ungarndeutschen und die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn) hatten, Kontakte zu pflegen. Sie untersucht, wie die Vertreter der ausgesiedelten Deutschen und der in Ungarn verbliebenen deutschen Minderheit die Lage des jeweils anderen Teils der Ungarndeutschen beurteilten und was sie für die zentralen Probleme hielten, also welche Fragen sie bei ihren Unterredungen thematisierten. Schließlich zeigt sie auf, wie und mittels welcher Institutionen die Aktivitäten der Verbände durch die politische Macht überwacht bzw. kontrolliert wurden.

Schlagwörter: Demokratischer Verband der Ungarndeutschen; Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn; Beziehungen; Kontrolle der politischen Macht

Abstract: This study initially presents the circumstances that largely determined the situation of ethnic Germans in Hungary during the first two decades of communist rule. As the community was permanently torn apart by the post-war expulsions, a survey is made of the opportunities for contacts between the two parts of the community and their representative organizations (the Democratic Association of Hungarian Germans and the *Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn* [Homeland Association of Germans from Hungary]). The analysis examines how these representatives perceived the situation of the other part of the community. What did they consider to be the main problems and which issues did they address in their discussions? The study then turns to the efforts and institutional means of the authorities to control the activities of these organizations.

Keywords: Democratic Association of Hungarian Germans; *Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn*; relations; political control

Dr. Ágnes Tóth, Postfach 34, 1476 Budapest 100, Ungarn, toth.agnes@tk.hu

Einleitung

Gegenstand dieses Beitrages sind die Kontakte zwischen den Ungarndeutschen und ihren Organisationen in Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland in den ersten Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und die Überwachung dieser Kontakte durch staatliche Stellen. Dazu werden zunächst die Sachverhalte vorgestellt, die die Situation der Ungarndeutschen in der Ära des Sozialismus bis zum Beginn der 1970er Jahre auf entscheidende Weise prägten. Anschließend wird die Frage behandelt, welche Möglichkeiten die durch die Vertreibung endgültig zerrissene ungarndeutsche Gemeinschaft bzw. die sie vertretenden Organisationen (also der Demokratische Verband der Ungarndeutschen und die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn) besaßen, um gegenseitige Kontakte zu pflegen. Damit eng verknüpft stellt sich die Frage, wie und inwiefern die europäische Teilung, die Entwicklung der sogenannten deutschen Frage sowie die innen- und außenpolitischen Bestrebungen der betroffenen Staaten die Möglichkeiten dieser Kontaktpflege beeinflussten. Es wird untersucht, wie die Vertreter der ausgesiedelten Deutschen und der in Ungarn verbliebenen deutschen Minderheit die Lage des jeweils anderen Teils der Ungarndeutschen beurteilten und was sie für die zentralen Probleme hielten, also welche Fragen sie bei ihren Unterredungen thematisierten. Schließlich soll aufgezeigt werden, wie und mittels welcher Institutionen die Aktivitäten der Verbände durch die politische Macht überwacht bzw. kontrolliert wurden.

Die Rahmenbedingungen

Die gesellschaftliche Situation der deutschen Minderheit bzw. Nationalität in Ungarn wurde in den ersten beiden Jahrzehnten der sozialistischen Ära wesentlich durch die Strafaktionen geprägt, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage des Prinzips der Kollektivschuld gegen sie durchgeführt wurden. Als unmittelbare Folge der Enteignungen, der Beschränkung der Staatsbürgerrechte sowie der Internierungen und Vertreibung verloren die Angehörigen der deutschen Minderheit – Vertriebene und in Ungarn Verbliebene gleichermaßen – die Grundlagen ihrer Existenz.¹ Die Situation

¹ Die ungarische Regierung siedelte im Zeitraum vom 19. Januar 1946 bis zum 30. Juni 1948 etwa 220.000 Ungarndeutsche aus. Die überwiegende Mehrheit der Ausgesiedelten gelangte in die von den Westmächten besetzten Gebiete Deutschlands (Nord-Württemberg, Nord-Baden, Bayern und Hessen), also in die spätere Bundesrepublik Deutschland, etwa 50.000 Personen in die sowjetische Besatzungszone (nach Sachsen), also in die spätere Deutsche Demokratische Republik. Vgl. zur Vertreibung ausführlich Fehér, István: *A magyarországi németek kitelepítése 1945–1950* [Die Aussiedlung der Ungarndeutschen 1945–1950]. Budapest 1988; Tóth, Ágnes: *Migrationen in Ungarn 1945–1948. Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und slowakisch-ungarischer Bevölkerungsaustausch*. München 2001 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 12); dies.: *Rückkehr nach Ungarn 1946–1950. Erlebnisberichte ungarndeutscher*

der Ungarndeutschen war im Vergleich zur Lage der übrigen in Ungarn lebenden Minderheiten insbesondere in außenpolitischer Hinsicht eine ungewöhnliche.

Die überwältigende Mehrheit der Deutschen, die Ungarn verlassen mussten, waren auf das Territorium der späteren Bundesrepublik Deutschland ausgesiedelt worden. Die ideologische Konfrontation im Kalten Krieg zwischen beiden Staaten verhinderte Familienzusammenführungen und erschwerte den Kontakt zwischen den zerrissenen ungarndeutschen Familien und anderen Teilen der Gemeinschaft. Obwohl der ungarische Staat ab 1958 wechselseitige Familienbesuche erlaubte, betrachtete er die ausgesiedelten Deutschen – wie auch die in Ungarn lebenden Ungarndeutschen – als politisch unzuverlässig und behandelte sie als eine feindliche gesellschaftliche Gruppe. Die ungarische Staatssicherheit schenkte daher diesen Treffen bzw. den Kontakten innerhalb der zerrissenen ungarndeutschen Gemeinschaft besondere Aufmerksamkeit.

So wurden die aus der Bundesrepublik einreisenden Personen generell als Repräsentanten der westlichen Zersetzungspolitik und potenzielle Agenten des Bundesnachrichtendienstes betrachtet. Außerdem befürchtete der ungarische Staat, dass die in Ungarn verbliebenen Angehörigen der deutschen Nationalität, wenn sie von den Unterschieden hinsichtlich der Lebensumstände und des Lebensniveaus sowie von den durch das Lastenausgleichsgesetz² eröffneten Möglichkeiten erfahren würden, an ihren Wohnorten Unruhe schüren oder in größerer Zahl Anträge auf Ausreise stellen würden.³ Erst Ende der 1960er Jahre gelangten die vertriebenen bzw. in Ungarn verbliebenen Deutschen aus dem Fadenkreuz der Staatssicherheitsdienste. Dies hing mit der vorsichtigen innenpolitischen Liberalisierung in Ungarn sowie mit der internationalen Entspannung zwischen Ost und West zusammen.

Bis Ende 1973, also bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ungarn, hatte der westdeutsche Staat nur sehr beschränkte Möglichkeiten, die Lage der in Ungarn lebenden deutschen Minderheit zur Sprache zu bringen und sich für ihre Interessen einzusetzen. Nach der Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 oblag es noch bis 1955 der französischen Gesandtschaft in Budapest, die westdeutschen politischen Interessen zu vertreten.⁴ Ab Mitte der 1960er Jahre schuf dann die Eröffnung

Vertriebener. München 2012 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 43).

² Zweck des am 14. August 1952 verkündeten Gesetzes war es, jenen Deutschen, die wegen des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen Vermögensverluste oder andere Nachteile erlitten hatten, zumindest teilweise eine Entschädigung zu gewähren.

³ Vgl. ausführlicher zur Veränderung des Feindbildes der ungarischen Staatssicherheit bzw. zur Überwachung der Familienbesuche Slachta, Krisztina: „Rokonlátogatók“. A magyarországi németek kapcsolatainak állambiztonsági ellenőrzése. Egy ellenségkép története [„Verwandtenbesucher“. Die Kontrolle der Beziehungen der Ungarndeutschen durch die Staatssicherheit. Geschichte eines Feindbildes]. Pécs-Budapest 2020.

⁴ Vgl. Magyar Nemzeti Levéltár Országos Levéltára, Budapest (MNL OL) [Staatsarchiv des Ungarischen Nationalarchivs, Budapest]. XIX-J-1-j-NSZK 77. t. [Aktengruppe]: Aufzeichnung. 03.01.1950; Lázár, György: Magyarország és Nyugat-Németország kapcsolatai 1945 és 1958 között [Die Beziehungen zwi-

der westdeutschen Handelsvertretung eine neue Situation. Deren Tätigkeit war allerdings auf die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen beschränkt, in konsularischen und anderen Angelegenheiten konnte sie – vorerst – nicht aktiv werden.

Währenddessen beobachtete auch das Auswärtige Amt von Anfang an die Entwicklung der Lage der ungarndeutschen Minderheit.⁵ Das primäre Ziel der bereits seit Anfang der 1950er Jahre stattfindenden Verhandlungen über den bilateralen Handel war insbesondere die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen. Allerdings wurden seit Mitte der 1950er Jahre am Rande der Gespräche deutscherseits auch die Frage der Familienvereinigung und andere Probleme der deutschen Minderheit vorsichtig, aber kontinuierlich angesprochen. Die zurückhaltende Verfahrensweise des außenpolitischen Apparats wurde von den Bonner Ministerien, die sich mit der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen bzw. Ausgesiedelten befassten (also das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte sowie das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen), häufig, aber erfolglos kritisiert.⁶

Das Verhältnis der – mit Ungarn verbündeten – Deutschen Demokratischen Republik zur deutschen Minderheit in Ungarn war durch eine zweideutige Haltung gekennzeichnet. Zum einen schrieb die DDR der Minderheitenfrage aus ideologischen Gründen und aufgrund der Tatsache, dass es auf ihrem Territorium keine größere Zahl von Minderheitenangehörigen gab, keine besondere Bedeutung zu. Zum anderen war sie, um ihre staatliche Selbstständigkeit zu bekräftigen, daran interessiert, ihren Status als Mutterland für die in den ostmitteleuropäischen Ländern verbliebenen deutschen Minderheitengemeinschaften und den betroffenen Staaten in deutlicher Abgrenzung und Konkurrenz zur Bundesrepublik zu untermauern.

schen Ungarn und Westdeutschland zwischen 1945 und 1958]. In: Archivnet 5/2 (2005), S. 1–10. Über die Modalitäten der Ausreise ihrer in Ungarn verbliebenen Angehörigen wurden die Ausgesiedelten durch ihre Zeitung *Unsere Post* unterrichtet (O. A.: Wie können unsere Angehörigen aus Ungarn herauskommen? In: *Unsere Post*. 04.03.1949, S. 3). Einen ausführlichen Überblick über die westdeutsch-ungarischen Beziehungen im Untersuchungszeitraum bietet Schmidt-Schweizer, Andreas: *Die westdeutsch-ungarischen Beziehungen im Zeitalter der bipolaren Weltordnung (1947–1990) / A magyar-nyugatnémet kapcsolatok a bipoláris világrend idején (1947–1990)*. Hamburg 2021; ders. (Hg.): *Die politisch-diplomatischen Beziehungen in der Wendezeit 1987–1990*. Berlin-Boston 2018 (Quellen zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn 1949–1990 3), S. 11–32.

⁵ Das Münchener Südost-Institut erstellte seit Anfang der 1950er Jahre regelmäßig zusammenfassende Berichte und Analysen über die Situation und zentralen Probleme der ungarndeutschen Minderheit für das Auswärtige Amt. Vgl. hierzu exemplarisch Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PA AA). B39. Bd. 62 u. B42. Bd. 126: Personelle Änderungen in der ungarischen Regierung 1955–1966; PA AA. B42. Bd. 79: Deutsche Minderheit in Ungarn 1952–1964; PA AA. B42. Bd. 215: Lage der Bevölkerung in Ungarn 1955–1964; PA AA. B85. Bd. 197: Sozialwesen bei Tschechoslowakei und Ungarn 1954–1956; PA AA. B85. Bd. 958: Rückführung aus Ungarn 1954–1972.

⁶ Vgl. diesbezüglich PA AA. B 85. Bd. 958: Rückführung aus Ungarn 1954–1972; Tóth, Ágnes: *Németek Magyarországon 1950–1970 [Deutsche in Ungarn 1950–1970]*. Budapest 2020, S. 130–138 (eine deutsche Übersetzung ist in Vorbereitung).

Die Verbände in Ungarn und Deutschland

Die ersten Versuche des Deutschen Verbandes in Ungarn und der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, miteinander in Kontakt zu treten, müssen vor dem Hintergrund der oben dargelegten Umstände betrachtet und analysiert werden. Zuvor sind allerdings noch einige Bemerkungen über die beiden Organisationen notwendig. In der ersten Hälfte der 1950er Jahre genehmigte die ungarische Regierung den Nationalitäten in ihrem Land, eigene landesweit tätige Organisationen zu gründen. Bei diesen Nationalitätenverbänden handelte es sich allerdings nicht um von den Betroffenen selbst demokratisch geschaffene und organisierte sowie über eine Mitgliederschaft und Autonomie verfügende Einrichtungen. Entsprechend den Erwartungen von Staat und Partei erfüllten sie vielmehr die Funktion eines ‚Transmissionsriemen‘. Zentrale Aufgabe ihrer Leiter war es, den Ungarndeutschen die Politik der kommunistischen Partei zu vermitteln.

Am 1. Oktober 1955 wurde der Kulturverband der Deutschen Werk­tätigen in Ungarn (*Magyarországi Német Dolgozók Kulturális Szövetsége*) ins Leben gerufen.⁷ Die sechs Anwesenden wählten mit Frigyes Wild einstimmig einen aus Rumänien stammenden Banater Schwaben zum Generalsekretär, der selbst kein Angehöriger der ungarndeutschen Gemeinschaft war, aber als Minderheitenangehöriger die sich aus dieser Existenzsituation ergebenden Schwierigkeiten kannte.⁸ Die kommunistische Partei erwartete von ihm vor allem die Förderung der politischen Integration der Deutschen. Diese Aufgabe versuchte er getreu zu erfüllen. Er erkannte allerdings auch, dass er seinen Auftrag nur dann erfüllen konnte, wenn es ihm auch gelingen würde, zumindest bei einem Teil der akuten Probleme der Ungarndeutschen (Familienvereinigung, Rückgabe beschlagnahmter Häuser und Pflege familiärer Kontakte) Erfolge zu verbuchen. Dieser Umstand bedeutete auch, dass er über eine gewisse Verhand-

⁷ Die Organisation wurde im September 1956 umbenannt in Demokratischer Verband der Deutschen Werk­tätigen (*Német Dolgozók Demokratikus Szövetsége*) und im April 1969 in Demokratischer Verband der Ungarndeutschen (*Magyarországi Németek Demokratikus Szövetsége*). Diese Umbenennungen signalisierten auch Veränderungen bezüglich der Organisation, den Aufgaben und den Kompetenzen des Verbandes sowie hinsichtlich seiner Beurteilung durch die Partei- und Staatsmacht. Im Folgenden verwende ich für die Organisation den Sammelbegriff ‚Deutscher Verband‘.

⁸ Frigyes Wild (1910–1990), der den Deutschen Verband bis 1974 fast zwei Jahrzehnte lang führte, hatte die Schule im rumänischen Weißenburg (Alba Iulia/Gyulafehérvár) besucht und in Wien und Klausenburg (Cluj-Napoca/Kolozsvár) studiert. Von 1940 bis 1944 unterrichtete er am Gymnasium in Neumarkt am Mieresch (Târgu Mureş/Marosvásárhely), bevor er einberufen wurde. Nach seiner Heimkehr wurde er 1947 Lehrer und später Schuldirektor im ungarischen Deutsch-Jula (Gyula/Giula) und 1954 Lehrstuhlleiter am Fremdsprachenlektorat der Technischen Universität von Weißbrunn (Veszprém). Seit 1948 war er Mitglied der Ungarischen Kommunistischen Partei, später der Partei der Ungarischen Werk­tätigen und der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei sowie von 1958 bis 1975 Parlamentsabgeordneter. Vgl. Treszl, Anton: Wer ist wer? Erstes ungarndeutsches Biographielexikon. Grünstadt 1993, S. 175.

lungsposition gegenüber der eigenen Regierung und den führenden Parteifunktionären verfügte.

Die ersten Verbände der aus Ungarn ausgesiedelten Deutschen wurden bereits 1949 ins Leben gerufen. In Stuttgart wurde unter der Leitung von Ludwig Leber die Ungarndeutsche Landsmannschaft (UDL) gegründet,⁹ in München die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn (LDU), in der Heinrich Reitinger¹⁰ die entscheidende Rolle spielte.¹¹

Möglichkeiten und Bedingungen der Kontaktpflege ab 1960

Seit Anfang der 1960er Jahre reisten die Verbandsleiter oder einzelne, über Ortskenntnisse und ein umfangreiches Beziehungsnetz verfügende Mitglieder – darunter Josef Kungl, Friedrich Spiegel-Schmidt, Herbert Adam oder Wilhelm Kornfuss – nach Ungarn, um Informationen über die Lage der dort lebenden Deutschen zu sammeln. Die Besucher trafen sich in den verschiedenen, von Deutschen bewohnten Siedlungen Ungarns mit Geistlichen, Lehrern und örtlichen Funktionsträgern und bildeten sich so eine Meinung über die Probleme der deutschen Minderheit, wie die Zurücknahme der früheren Regierungsversprechen bezüglich der Hausrückgaben, die schleppende Entwicklung des Nationalitätenunterrichts, die Schwierigkeiten bei der Tätigkeit örtlicher Kulturgruppen, das Verbot der Unterstützung von Kriegerwitwen durch die Bundesrepublik sowie die Behinderung von Familienzusammenführungen. Daneben suchten die Einreisenden aus realpolitischen Erwägungen auch Kontakt zu den Ver-

⁹ Ludwig Leber (1903–1974) war Jurist und Politiker und hatte bereits 1946 die ungarndeutsche Zeitung *Unsere Post* gegründet. 18 Jahre lang war er Abgeordneter der CDU im baden-württembergischen Landtag. Vgl. Treszl, *Wer ist wer?* (wie Anm. 8), S. 93f.

¹⁰ Heinrich Reitinger (1919–2000) hatte während des Krieges eine aktive Rolle im Volksbund der Deutschen in Ungarn gespielt. Von 1945 bis 1947 war er Ungarn-Referent des Bayerischen Roten Kreuzes, später Mitarbeiter in der Hilfsorganisation der Evangelischen Kirche. Seit 1950 übte er verschiedene Funktionen in der LDU aus und wurde 1957 zu ihrem Sprecher gewählt, als der er viel im Interesse der deutsch-ungarischen Annäherung unternahm. Vgl. Treszl, *Wer ist wer?* (wie Anm. 8), S. 128f.; Rudolph, Hartmut: *Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972*. Bd. 1: *Kirchen ohne Land*. Göttingen 1984, S. 189.

¹¹ Die Fusion von LDU und UDL erfolgte erst Jahrzehnte später durch die Gründung der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn – Bundesverband e.V. am 22. November 1980 in Stuttgart. Über die Tätigkeit und das Verhältnis der Organisationen stehen bislang nur sehr bruchstückhafte Informationen zur Verfügung. Einen Überblick über das Verhältnis zwischen der LDU und dem ungarischen Staat liefert Schmidt-Schweizer, Andreas: *Das Verhältnis zwischen der bundesdeutschen „Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn“ und dem kommunistischen Ungarn (1951–1989)*. In: Seewann, Gerhard (Hg.): *Diversität und Konflikt im 19. und 20. Jahrhundert*. Regensburg 2019 (Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München 139), S. 225–246.

tretern des offiziellen Ungarn, beispielsweise über das Institut für Kulturbeziehungen, Zeitungen, Ministerien usw. Zum einen halfen ihnen die von diesen Personen erhaltenen Informationen, sich zu orientieren, zum anderen lag es in ihrem existenziellen Interesse, dass die Tätigkeit der Landsmannschaft auch in diesen Kreisen akzeptiert wurde, weil sie nur so erreichen konnten, dass der Deutsche Verband die notwendigen Genehmigungen von Staat und Partei zur Kontaktaufnahme erhielt. Zu einem ersten informellen Treffen kam es im Herbst 1962, und zwar zwischen Frigyes Wild und Josef Kungl.¹² Die in den folgenden Jahren regelmäßig stattfindenden Begegnungen kamen zustande durch Vermittlung von János Nemes, einem Mitarbeiter der Zeitung *Népszabadság* (Volksfreiheit),¹³ und mit Genehmigung von dessen Chefredakteur Zoltán Komócsin, der Mitglied im Zentralkomitee und Politbüro der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei war.¹⁴ Bei den Treffen wurde in erster Linie über die praktische Arbeit des Deutschen Verbandes, die Schulfrage und die Tätigkeit der Kulturgruppen gesprochen.

Parallel zur vorsichtigen Öffnung des ungarischen Staates gegenüber den Landsmannschaften kam es immer wieder zu Konsultationen zwischen den Leitern des Deutschen Verbandes und den Mitarbeitern des ungarischen Außenministeriums. Zentrale Themen waren dabei die Aktivitäten der Bundesrepublik unter den Ungarndeutschen, die Auswirkungen der Kontakte zwischen den zerrissenen Familien, die Beurteilung der Volksrepublik Ungarn, die Aktivitäten der Vertriebenenverbände und die Unterstützung der außenpolitischen Bestrebungen der DDR. Obwohl sich das Misstrauen seitens Ostdeutschlands, das sich nach der Revolution von 1956 besonders auf kulturellem Gebiet offenbarte, zum Beginn der 1960er Jahre abschwächte, war das Verhältnis der beiden Staaten auch weiterhin von Distanz geprägt. Um die politischen Beziehungen zu verbessern, hielt es die ungarische Seite für notwendig, ihre Politik gegenüber der Bundesrepublik kontinuierlich mit Ostberlin abzustimmen. Außerdem sagte sie der DDR aktive Hilfe beim Abschluss eines Friedensvertrags, bei der Lösung der Berlin-Frage und beim Kampf um die Überwindung der außenpolitischen Isolierung zu. Als Teil der koordinierten Politik gegenüber der Bundesrepublik stellte das ungarische Innenministerium eine detaillierte Dokumentation über die Aktivitäten der einstigen ungarischen Volksbund-Führer zusammen, die in Westdeutschland in verschiedenen Organisationen bzw. Institutionen tätig waren (Landsmannschaften, Länderparlamente und örtliche Verwaltung). Diese Dokumentation wurde auch dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Ostberlin zugeschickt.¹⁵

12 MNL OL. XXVII-I-1. Schachtel 34: Schreiben von Josef Kungl an János Nemes. 16.07.1962.

13 János Nemes (1921–2012) war Journalist und arbeitete seit 1954 als Chefredakteur der politischen Sendungen des ungarischen Rundfunks. Von 1957 bis 1973 war er Redakteur der Zeitschrift *Népszabadság* bzw. ihr Berliner und Moskauer Korrespondent. Von 1973 bis 1990 arbeitete er als Chefredakteur der deutschsprachigen *Budapester Rundschau*.

14 Zoltán Komócsin (1923–1974) war von 1961 bis 1965 Chefredakteur der Zeitung und seit 1957 zunächst Mitglied und dann Sekretär des Zentralkomitees sowie seit 1962 Mitglied des Politbüros.

15 Vgl. MNL OL. XIX-J-1-j-NDK 4.b. t. 003455/1961; MNL OL. XIX-J-34-b 16.d. t. 3/48/1961.

Sowohl die ostdeutsche als auch die ungarische Diplomatie betrachtete die Ungarndeutschen als eine besondere Zielgruppe der bundesdeutschen Politik. In diesem Kontext kam der Frage der Kontakte innerhalb der zerrissenen Familien eine besondere Bedeutung zu. Auch die Mitarbeiter des Deutschen Verbandes selbst sammelten Informationen über die Kontakte der getrennten Familien. Nach mehrfachem Drängen von Frigyes Wild sandte der Verband im März 1966 an die Kulturabteilung des Zentralkomitees einen Bericht über die westdeutsche Unterminierungspolitik und ihre Wirkung auf die Ungarndeutschen.¹⁶ Wild teilte darin im Wesentlichen nur die jedermann bekannten Tatsachen mit, die er aber gemäß den politischen Erwartungen auslegte. Ein Teil der ihre Heimat besuchenden Vertriebenen würden – so Wild – danach streben,

„den Glauben an unser System bei unseren rechtschaffenen Werktätigen zu erschüttern. Sie unterschätzen unsere Leistungen und zeichnen ein übermäßig positives Bild über das Lebensniveau in ihrer [westdeutschen] Heimat, über ihre wirtschaftliche Lage sowie über die Möglichkeiten, die ihrer Meinung nach das kapitalistische System allen Menschen bietet.“¹⁷

Personen, die für längere Zeit zu Familienbesuchen aus Ungarn ausreisen würden, insbesondere solchen mit einem technischen Abschluss, hätte man Arbeitsmöglichkeiten angeboten, ihre Reisekosten erstattet und auch andere Beihilfen organisiert. Die Interpretation der materiellen Unterschiede seitens der Betroffenen, die Solidarität der Familienmitglieder, die helfenden Gesten der Vertriebenen für ihre Heimdörfer und die in den Publikationen der Landsmannschaften veröffentlichten Nachrichten seien – so die Auslegung von Wild – Teil der westdeutschen revanchistischen und subversiven Politik. Das Bild, das sich aus der Kenntnis einzelner Fälle heraus abzeichne, sei allerdings wesentlich differenzierter. Diejenigen Ungarndeutschen, die die Bundesrepublik besuchen würden, sähen im Vergleich zu Ungarn nicht nur die besseren materiellen Umstände und Möglichkeiten ihrer Familienangehörigen, sondern auch die Schattenseiten, wie das Gefühl der Fremdheit und der Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft. Diesbezüglich schrieb Wild:

„Die Rechnungen der ausgesiedelten Schwaben gehen [zwar] wirtschaftlich auf, politisch gelten sie aber auch heute noch in gewissem Maße als Menschen zweiter Klasse. Die Reichsdeutschen sehen in ihnen keine vollwertigen Deutschen, für sie sind die Ausgesiedelten eigentlich keine Reichsdeutschen, sondern nur Volksdeutsche. [...] Das Lebensniveau ist dort im Allgemeinen höher als bei uns, zugleich sehen sie aber auch, dass man für alles viel besser arbeiten muss als bei uns.“¹⁸

¹⁶ Vgl. MNL OL. M-KS 288. f. 35. cs. [Bestandsgruppe] 6. ő. e. [Aufbewahrungseinheit]. 22.03.1966. Im Folgenden fasse ich die Erfahrungen des Deutschen Verbandes anhand dieses Dokuments zusammen. Die einzelnen Aussagen werden nicht gesondert annotiert.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

In seiner Zusammenfassung hob der Generalsekretär des Deutschen Verbandes hervor, dass von denjenigen, die zu Verwandtenbesuchen ausgereist seien, fast niemand dort geblieben sei.¹⁹ Die ihre Heimat besuchenden Ungarndeutschen wiederum hätten gerne an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen und die Zeichen der Entwicklung und des Wandels in Ungarn positiv bewertet. Es ist beachtenswert, dass das ungarische Außenministerium den Bericht des Generalsekretärs auch der ostdeutschen Botschaft in Budapest zusandte und sie zudem kontinuierlich über die Einladungen, die von Reitinger eintrafen, informierte.²⁰

Intensivierung der Kontakte

Ende der 1960er Jahre intensivierte die Landsmannschaft die von ihr organisierten Studienreisen nach Ungarn. Möglich wurde dies durch die vorsichtige, von Wirtschaftsreformen begleitete bzw. motivierte Liberalisierung der ungarischen Innenpolitik, durch die seit 1966/67 sich abzeichnenden außenpolitischen Kurskorrekturen der Großen Koalition bzw. des Außenministers Willy Brandt sowie durch die europäischen Entspannungsprozesse. Im Januar 1969 kam es zur ersten offiziellen Unterredung zwischen Frigyes Wild und einem Repräsentanten der LDU. Wilhelm Kornfuss sprach für die LDU auch mit Tibor Fekete, dem für Minderheitenangelegenheiten verantwortlichen Abteilungsleiter im Unterrichtsministerium. Fekete ermöglichte es ihm, sich in Frankentadt (Baja) über die Situation am Gymnasium der deutschen Nationalität zu informieren.²¹ Hierauf lud Heinrich Reitinger Frigyes Wild in einem offiziellen Schreiben nach Backnang in Baden-Württemberg ein²² und ersuchte ihn, einen Vortrag über die Lage der Deutschen in Ungarn zu halten.²³ Wild

19 Diese Erfahrung bekräftigt auch die Tatsache, dass die Einschätzung der Landsmannschaft, nach der 40.000 bis 50.000 Personen deutscher Nationalität aus Ungarn in die Bundesrepublik übersiedeln wollten, falsch war. Vgl. PA AA. B42. Bd. 79: Schreiben von Heinrich Reitinger an das Auswärtige Amt. 12.02.1964; Schmidt-Schweizer, Das Verhältnis (wie Anm. 11), S. 234.

20 Vgl. PA AA. MfAA C 629/76, S. 45–47: Einschätzungen, Informationen und Aktenvermerke über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Ungarn und der BRD 1962–1973.

21 Vgl. PA AA. B39. Bd. 50, S. 409–412: Schreiben Heinrich Reitingers an das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen. 11.02.1969.

22 Backnang gilt als eines der kulturellen Zentren der Ungarndeutschen in der Bundesrepublik, für die es seit 1971 auch eine Patenschaft unterhält. Vgl. Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum: Backnang, URL: http://www.danube-places.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=82&Itemid=178&lang=de (20.01.2022).

23 Nachdem Wild die Einladung vom 12. Mai 1969 unter Berufung auf Krankheitsgründe abgesagt hatte, erneuerte Reitinger die Einladung am 29. Juli 1969. Dabei betonte er, dass „jede Gelegenheit genutzt werden muss, dass wir nach Möglichkeit zusammenarbeiten und wir dadurch dem Frieden nicht nur zwischen dem deutschen und dem ungarischen Volk, sondern auch dem Weltfrieden dienen.“ MNL OL. XXVIII-I-1. Schachtel 33: Schreiben von Heinrich Reitinger an Frigyes Wild. 29.07.1969. Eine Kopie der Korrespondenz findet sich bezeichnenderweise auch in einer Akte des ungarischen Geheimdienstes. Vgl. Schmidt-Schweizer, Das Verhältnis (wie Anm. 11), S. 237.

lehnte die Einladung nach einer Konsultation mit Mitarbeitern des Außen-, Innen- und Kultusministeriums ab, hielt die Zurückweisung der Einladung aber nicht für richtig:

„Meine Meinung ist, dass wir die bisherige Steifheit lockern müssten, wir dürfen nicht ständig in der Defensive bleiben, sondern wir müssen jene politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Instrumente nutzen, die uns zur Verfügung stehen und deren Dokumentierung dazu in der Lage ist, unsere volksdemokratische Ordnung zu stärken.“²⁴

Insbesondere beanstandete er, dass die Nationalitäten-Tanzgruppen der Ungarndeutschen mehrmals eine Einladung für ein Gastspiel in der Bundesrepublik erhalten hätten, diese aber nicht hätten annehmen dürfen.²⁵

Ein gemeinsames Treffen mit der Landsmannschaft, das vom 27. bis 29. Juni 1969 in Murrhardt bei Stuttgart abgehalten wurde, fand ebenfalls ohne Frigyes Wild statt. Heinrich Reitingger betonte in seiner Eröffnungsansprache zu der Veranstaltung, die in einer fachlich-besonnen Atmosphäre verlief, dass es nicht das Ziel der Landsmannschaft sei, alte Wunden aufzureißen, sondern den in Ungarn verbliebenen Mitgliedern der Gemeinschaft zu helfen und die Kontakte zu intensivieren. Er erklärte, dass die Landsmannschaft keine Rückkehr der ausgewiesenen und geflüchteten Personen wolle, die Familienzusammenführung aber weiterhin betreibe. Er setzte sich für die Intensivierung der persönlichen Kontakte sowie für eine kraftvollere materielle und kulturelle Unterstützung der in Ungarn lebenden Deutschen ein. Außerdem äußerte er sich anerkennend über die Tätigkeit des Deutschen Verbandes in Ungarn und die Rolle von Frigyes Wild. Als Hauptaufgaben der folgenden Jahre nannte er die Bereitstellung von Büchern bzw. Literatur für den Unterricht der Ungarndeutschen und zur Pflege ihrer Sprache, die materielle Hilfe für Kriegerwitwen sowie die Unterstützung des Zugangs zu Förderungen durch die Bundesrepublik.²⁶ Während der Konferenz wurde zwar auch die Vertreibung und die Frage der Familienvereinigungen an-

²⁴ MNL OL. XXVIII-I-1. Schachtel 33: Schreiben von Frigyes Wild an Imre Villányi, Abteilungsleiter im Außenministerium. 27.10.1969.

²⁵ Ebd. Die Einladung einer ungarndeutschen Tanzgruppe durch den Bürgermeisten von Wernau bei Stuttgart im Jahr 1969 lehnte das Kultusministerium mit dem Argument ab, dass dahinter in Wirklichkeit die Landsmannschaft stehe. Selbst im Herbst 1971, als in München ein internationales Volkstanzfestival abgehalten wurde, delegierte Ungarn keine deutschen Tanzgruppen dorthin. Wild protestierte gegen die Entscheidung und beklagte die Diskriminierung der deutschen Nationalitäten-Tanzgruppen. Er ersuchte das Ministerium darum, zumindest zu ermöglichen, dass die Gruppen die aus der Bundesrepublik eintreffenden Einladungen annehmen dürften (vgl. MNL OL. XXVIII-I-1. Schachtel 33: Schreiben von Frigyes Wild an László Kővágó, Abteilungsleiter im Kultusministerium. 11.05.1971). Ausdrücklich unter Berufung auf die Neue Ostpolitik der Bundesregierung unter Willy Brandt erlaubte es die ungarische Regierung Anfang 1970 allerdings, dass auf die Einladung der Landsmannschaft ein in Originaltracht gekleidetes Paar zum Landesschwabenball ausreisen durfte. Vgl. Schmidt-Schweizer, *Das Verhältnis* (wie Anm. 11), S. 238.

²⁶ Vgl. PA AA. B42. Bd. 285 II A, S. 226–231: Aufzeichnung von fünf Referenten über die Konferenz der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn. 01.07.1969.

gesprachen, im Gegensatz zu früher aber lediglich zugunsten einer positiven Beurteilung der bereits eingereichten Anträge argumentiert.²⁷ Reitinger bedankte sich des Weiteren bei der Bundesregierung für ihre bisherige Unterstützung, ersuchte sie aber auch um weitere dringende und kraftvolle materielle Hilfe, um den Verband erfolgreicher und intensiver in die Kulturarbeit der Ungarndeutschen einbinden zu können. Gleichzeitig beanstandete er, dass die bundesdeutsche Regierung die Ziele der Landsmannschaft nicht hinreichend unterstütze oder ihnen gleichgültig gegenüberstehe.²⁸

Auch 1970 setzten Mitglieder der Landsmannschaft – Josef Kungl und Friedrich Spiegel-Schmidt – ihre Studienreisen nach Ungarn mit der gewohnten Intensität fort. Neben der Beschaffung von Informationen war das Hauptziel auch weiterhin die Einladung von Frigyes Wild bzw. die Aufnahme offizieller Kontakte zum Deutschen Verband. Dies war auch das zentrale Thema bei den Besprechungen im Auswärtigen Amt am 20. April 1971.²⁹ Im Gegensatz zu früher hielten die Mitarbeiter des Außenministeriums nun die Ungarn-Besuche der Landsmannschaft für durchaus wünschenswert. Mittels ihrer persönlichen Kontakte konnten sie dem Auswärtigen Amt nämlich Informationen übermitteln, zu denen die Mitarbeiter der Handelsvertretung keinen Zugang hatten. Gleichzeitig wurde seitens des Außenministeriums aber beanstandet, dass die Landsmannschaft trotz des ausdrücklichen Ersuchens des Auswärtigen Amtes ihre Reisen nicht mit diesem abstimme und auch nicht in Kontakt mit der Handelsvertretung in Budapest trete. Eine finanzielle Unterstützung der Reisen wurde daher nur im Falle vorheriger Abstimmung zugesagt.

Die Vertreter der Landsmannschaft hoben hervor, dass die ungarische Regierung einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik offener als früher gegenüberstehe. Diese werde auch dadurch erleichtert, dass es zwischen Ungarn und Deutschland keine ungeklärten Gebietsansprüche gebe. Reitinger betonte außerdem die entscheidende Vermittlerrolle der Landsmannschaft bei der Intensivierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Diese Auffassung beruhte ganz offensichtlich auf einer falschen Lageanalyse, die den Einfluss der Landsmannschaft überbewertete und davon ausging, dass bei der Entwicklung der (west-)deutsch-ungarischen Beziehungen in erster Linie die Interessen der Ungarndeutschen Berücksichtigung finden müssten.

27 Die eine erweiterte Familienzusammenführung bezweckenden früheren Bestrebungen der Landsmannschaft und ihre vormaligen umfassenden Umsiedlungspläne waren nicht nur in realpolitischer Hinsicht zum Scheitern verurteilt, es gab auch seitens der in Ungarn lebenden Deutschen kaum ein diesbezügliches Verlangen. Vgl. Schmidt-Schweizer, *Das Verhältnis* (wie Anm. 11), S. 234.

28 Vgl. PA AA. B42. Bd. 285 II A, S. 226–231: Aufzeichnung von fünf Referenten über die Konferenz der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn. 01.07.1969.

29 Teilnehmer waren jeweils ein Mitarbeiter des Innen- und des Außenministeriums, Heinrich Reitinger und Josef Kungl. Vgl. PA AA. B39. Bd. 24, S. 114–118: Aufzeichnung über die Gespräche mit Vertretern der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn im Auswärtigen Amt. 20.04.1971.

Die Vertreter des Auswärtigen Amtes unterstützten währenddessen die Vorstellung, dass die Bundesrepublik auf kulturellem Gebiet versuchen sollte, ihr Angebot (Bücher, Filme, Einladung von Künstlergruppen usw.) sowohl mit Blick auf die deutsche Minderheit als auch auf die gesamte ungarische Gesellschaft auszuweiten. Hauptziel sei es dabei, die Hegemonie der DDR auf diesem Gebiet zu brechen.³⁰ Darüber hinaus befürworteten sie den Vorschlag der Landsmannschaft, Frigyes Wild und andere kompetente Personen zu Vortragsreisen in die Bundesrepublik einzuladen.³¹ Reitinger hob in diesem Zusammenhang hervor, dass der Empfang in Westdeutschland warm und freundlich, wenn auch nicht übertrieben sein müsse. Eine unverhältnismäßig starke Präsentation in der Presse würde nämlich als bezeichnend für das Verhältnis der Bundesrepublik zum gesamten Ostblock ausgelegt werden und könnte den Widerstand der DDR hervorrufen. Die Besuchskosten sollten vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden.

Zu einem Besuch von Wild und einer offiziellen Kontaktaufnahme zwischen dem Deutschen Verband und der Landsmannschaft kam es aber dennoch nicht. Obwohl es infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern im Dezember 1973 zu einem dynamischen Aufschwung in den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen kam, erhielt der Deutsche Verband dennoch die Anweisung, nur zu Organisationen Kontakt aufzunehmen, die politisch als loyal galten – wozu die Landsmannschaft nicht gezählt wurde. Auch sollte dies nur gelegentlich und nicht auf eigene Initiative geschehen. Stattdessen sollte man die kulturellen Kontakte zur DDR weiter pflegen.³²

Fazit

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Leiter der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn und des Deutschen Verbandes durchaus an der Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls und der Wahrung der familiären Beziehungen arbeiteten und dabei politische und persönliche Konflikte in den Hintergrund drängten oder sogar unterdrückten. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen wurde dadurch erschwert, dass die Angehörigen der durch die Vertreibung zerrisse-

³⁰ Vgl. ebd. Ausführlich zur Frage der deutsch-deutschen kulturellen Konkurrenz in Ungarn vgl. Schmidt-Schweizer, Andreas: A hidegháború és a német kérdés ütközőzónájában. A Magyar Népköztársaság és a két német állam közti kulturális kapcsolatok (1949–1989) [Im Spannungsfeld von Kaltem Krieg und deutscher Frage. Die Kulturbeziehungen zwischen der Volksrepublik Ungarn und den beiden deutschen Staaten (1949–1989)]. In: Történelmi Szemle 61/4 (2019), S. 703–729.

³¹ Wild selbst schlug Kungl im November 1970 vor, nicht nur ihn, sondern auch László Kővágó, den für Nationalitätenangelegenheiten verantwortlichen Abteilungsleiter im Unterrichtsministerium, einzuladen, weil dann die Chance größer wäre, dass er eine Reisegenehmigung erhalten würde. Vgl. PA AA. B39. Bd. 24, S. 114–118: Aufzeichnung über die Gespräche mit Vertretern der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn im Auswärtigen Amt. 20.04.1971.

³² Vgl. Schmidt-Schweizer, Das Verhältnis (wie Anm. 11), S. 239.

nen ungarndeutschen Gemeinschaft in zwei Staaten lebten, die zu antagonistischen politischen Lagern gehörten. Tatsache ist aber auch, dass das Zusammenleben der deutschen Minderheit und der ungarischen Mehrheitsgesellschaft in den vorangegangenen Jahrhunderten relativ konfliktfrei gewesen war und dies die Wiederaufnahme der Kontakte erleichterte.

Keiner der beiden Verbände konnte seine Beziehungen auf autonome Weise gestalten, beide waren vielmehr den jeweiligen außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik bzw. Ungarns und dem Verhältnis der beiden Staaten zueinander untergeordnet. Beide Verbandsleiter – sowohl Heinrich Reitingner als auch Frigyes Wild – kämpften dafür, dass der jeweilige außenpolitische Apparat sie persönlich und die von ihnen geleiteten Organisationen als Partner anerkannte. Auch die Landsmannschaft erhielt erst nach großen Anstrengungen die Unterstützung des Auswärtigen Amtes für ihre Ziele und verfügte keinesfalls über diejenige Position, die sie für sich beanspruchte. Im Fall des Deutschen Verbandes kann gar nicht von der Existenz eines Spielraums gesprochen werden. Frigyes Wild musste sich auch in geringfügigen Angelegenheiten eine Genehmigung bei den zahlreichen vorgesetzten Behörden beschaffen, um überhaupt agieren zu können. Über beide Führungspersonlichkeiten kann gesagt werden, dass sie durchaus versuchten, bei der Gestaltung ihrer Beziehungen den Spielraum und die Möglichkeiten der jeweils anderen Seite zu berücksichtigen.

Das Verhältnis der beiden Organisationen zueinander muss dabei als asymmetrisch betrachtet werden. Es besteht kein Zweifel, dass die wirtschaftliche, politische und kulturelle Situation der in Ungarn verbliebenen Deutschen wesentlich schlechter war als die der Vertriebenen in Westdeutschland. Das heißt, dass nur Letztere den Ersteren Hilfe anbieten konnten. Zugleich ist auffällig, dass selbst bei informellen Unterredungen – auch seitens der Betroffenen selbst – die Lebensumstände der Vertriebenen in der Bundesrepublik oder die – vor allem kulturellen – Schwierigkeiten ihrer Integration nicht thematisiert wurden.

Den Familienbesuchen der Vertriebenen und den Kontakten der beiden Organisationen wurde im Untersuchungszeitraum nicht nur seitens der Staatssicherheitsdienste besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Auch die verschiedenen Organe der kommunistischen Partei und das Außenministerium beobachteten sie intensiv. Die Kontrolle der Tätigkeit von Frigyes Wild und des Deutschen Verbandes führten diese Gremien mit der gleichen Wirksamkeit durch. Es ist bemerkenswert, dass die Person und die Aktivität von Wild einerseits streng überwacht, er selbst andererseits aber als ‚Beobachter‘ benutzt wurde, was seine gesammelten Berichte bzw. Mitteilungen über die lokalen Auswirkungen der Familienbesuche belegen.

